Bezugspreis für November durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk. **Beilagen:** „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus). **Sonder-Ausgaben:** Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich). **Redaktion und Verlag** Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr. 2448, 2449 und 2450. **Geschäftsstelle:** Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a, Fernspr. 670. **Berliner Redaktion:** Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25, Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm hohe 28 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg., für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg., Familienanzeigen 8 Pfg., bei Vorzahlung 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Vorzahlg. 6 Pfg. **Reklamen:** Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. **Beilagen:** Gebührenberechnung nach Gewicht. **Postscheck-Konto** Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe | **Dienstag, den 22. November 1927** | **76. Jahrgang. Nr. 1198**

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

w **Brüssel**, 21. Nov. (Tel.) **Der Minister für nationale Verteidigung legte dem Ministerrat ein Exposé über die allgemeine Lage und die Reorganisation der Armee vor, in dem besonders die Bewaffnung der Einheiten, das System der Beschäftigungen und die Herabsetzung der Dienstzeit behandelt wurden. Der Minister kam zu dem Schluß, daß es ihm unmöglich gewesen sei, gegenwärtig einen Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Dienstzeit vorzulegen, der die Billigung aller Mitglieder des Ministerrates finden könnte. Er schlug daher vor, die ganze Militärfrage einem gemischten Ausschuß zu unterbreiten, der entsprechend dem im Jahre 1920 gebildeten Ausschuß zusammengesetzt sei. Da die Mitglieder des Ministerrates sich über diesen Vorschlag nicht einigen konnten, beschlossen sie, dem König die Gesamtdemission zu überreichen.**

Es wird erwartet, daß der König Jaspar mit der Umbildung des Kabinetts beauftragen wird. Angesichts der bestehenden Schwierigkeiten hält man jedoch auch eine Auflösung der Kammer für möglich.

Belgische Rüstungen.

w **Brüssel**, 21. Nov. (Tel.) Nach einer Meldung der Zeitung „Soir" hat der vom Kriegsminister eingesetzte Grenzsonderausschuß den Teil seiner Arbeiten über die Verteidigungsanlagen der belgischen Grenzen beendet, der Lüttich und Umgebung betrifft. Das Blatt glaubt zu wissen, daß der Ausschuß sich mit dem Limburger Loch und dem Brückenkopf Maastricht besonders beschäftigt hat. Er soll beschlossen haben, links der Linie Lixhe—Neerhaeren betonierte Unterstände für Maschinengewehre bauen zu lassen. Die Forts am rechten Maasufer und einige am linken sollen unter Beachtung der Lehren des letzten Krieges wieder hergestellt werden, insbesondere sollen die Verteidiger gegen die Wirkung der Giftgase geschützt werden. Die Hauptverteidigungslinie soll durch befestigte, mittels betonierter Unterstände untereinander verbundenen Stützpunkte gebildet werden, sie würde mit Vorposten gedeckt werden, die einen brüskierten Angriff zu vereiteln hätten. Zur baldigen Verwirklichung dieses Planes soll der Kriegsminister nächstens von dem Parlament einen Kredit von 10 Millionen verlangen, der erlauben würde, die Arbeiten am 1. Januar 1928 zu beginnen.

Die Beratung der Besoldungsvorlage.

vdz **Berlin**, 21. Nov. (Tel.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte man sich in längerer Debatte mit der Einstufung der handwerklich vorgebildeten Beamten und der Betriebsassistenten bei den verschiedenen Verwaltungszweigen, die nach Anträgen der Sozialdemokraten und Kommunisten höher eingestuft werden sollten, während die Vertreter der beteiligten Ministerien für die Regierungsvorlage eintraten. Es folgten, die Abstimmungen über die Gruppe 10. Unter Ablehnung der anderen Anträge wurden eine Reihe Abänderungsvorschläge der Regierungsparteien genehmigt. Der Gruppe A 10 wurden z. B. Oberleitungsaufseher und Leitungsaufseher zugeteilt, von denen handwerksmäßige Vorbildung gefordert worden ist. Die am 30. September 1927 im Amte gewesenen nicht handwerksmäßig vorgebildeten Telegraphen-Oberleitungsaufseher sollen wie die Oberpostschaffner, die nicht handwerksmäßig vorgebildeten Leitungsaufseher wie die Postschaffner behandelt werden. Die meisten der weiter genehmigten Anträge bewecken Streichung der Stellenzulagen und dafür Höherstufung der betreffenden Beamten. Der Ausschuß erörterte dann die Gruppe 9, deren Gehaltssätze 1700—2600 Mk. betragen sollen und zu der besonders die Kanzleiassistenten gehören. Schließlich wurde auch Gruppe 9 unter Ablehnung sämtlicher Anträge der Oppositionsparteien im wesentlichen nach der Regierungsvorlage nur mit einigen Änderungen durch Anträge der Regierungsparteien genehmigt. Weiterberatung Dienstag.

Reichsregierung und Rentnerversorgungsgesetz.

* **Berlin**, 21. Nov. In einem Schreiben an den Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages teilt Reichskanzler Dr. Marx mit, daß es infolge seiner Abwesenheit von Berlin und der Notwendigkeit, den Reichshaushalt alsbald festzustellen, dem Kabinett leider bisher nicht möglich war, zu dem von der deutsch-demokratischen Partei eingebrachten Entwurf des Rentnerversorgungsgesetzes endgültig Stellung zu nehmen. Da verschiedene Reichsminister gegenwärtig von Berlin abwesend sind, werde frühestens am Dienstag, den 22. November, die Entscheidung des Kabinetts herbeigeführt werden können. Der Reichskanzler bittet daher, die für Dienstag vorgesehene Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses erst am Mittwoch abzuhalten. Der sozialpolitische Ausschuß hat diesem Wunsche entsprochen.

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

w **München**, 21. Nov. (Tel.) **Wie der Landesdienst des süddeutschen Korrespondenzbüros erfährt, haben am 19. und 20. November abschließende Besprechungen der Kommissionen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechungen ist der von den obersten Instanzen der beiden Parteien noch zu billigende Entwurf für eine Vereinbarung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei. Dieser Entwurf nimmt eine engere Zusammenarbeit der parlamentarischen Vertreter der beiden Parteien für große Fragen in Aussicht und will die Möglichkeit einer gegenseitigen Bekämpfung der beiden Parteien bei den Landtags- und Reichstagswahlen ausschließen. Mit der Stellungnahme der obersten Organe der beiden Parteien ist in kurzer Zeit zu rechnen.**

Deutsch-italienische Besprechungen.

Um die Auslegung des Handelsvertrages.

§ **Rom**, 21. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Heute begannen hier wichtige Besprechungen zwischen Vertretern der deutschen und italienischen Regierung über die Auslegung des Handelsvertrages, insbesondere über die zahlreichen italienischen Einfuhrerschwerungen, die den deutschen Absatz nach Italien stark beeinträchtigt haben. Es dreht sich vor allem um das italienische Gesetz zum Schutze der nationalen Industrie, das mit den Abmachungen des Handelsvertrages unvereinbar ist. Die gegenwärtigen Verhandlungen sind die Folge einer deutschen Note, die vor einigen Wochen hier im Auswärtigen Amt überreicht wurde. Die Verhandlungen dürften etwa eine Woche dauern.

England und Rußland.

tu **London**, 21. Nov. (Tel.) Die an der Teilnahme einer russischen Delegation an den Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in weiteren englischen Kreisen geknüpften Hoffnungen auf vorbereitende Verhandlungen für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen in London und Moskau werden von der Regierung nahestehender Seite etwas gedämpft. Man weist darauf hin, daß der Führer der britischen Delegation für die vorbereitende Abrüstungskonferenz, Lord Cushendun, keine besonderen Vollmachten erhalten wird, mit den russischen Delegierten über die Wiederaufnahme direkter Beziehungen zu verhandeln. Weiter wird betont, daß die Sowjetregierung bisher keine offiziellen Schritte für die Einleitung diesbezüglicher Verhandlungen unternahm und daß der britischen Regierung nicht bekannt sei, ob die russische Delegation in Genf mit den britischen Vertretern Fühlung suchen wird. Der Nachdruck, mit dem hier auf die formale Seite der Angelegenheit hingewiesen wird, läßt durchaus die Möglichkeit offen, daß auch die englische Regierung zu Verhandlungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen bereit ist. Worauf es dem britischen Kabinett offenbar ankommt, ist die Feststellung, daß die englische Regierung bei aller grundsätzlichen Bereitwilligkeit zu Verhandlungen keinen Anlaß sieht, von sich aus die Initiative zu ergreifen.

Deutsche Volkspartei und Reichsschulgesetz.

Die Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei.

+ **Braunschweig**, 21. Nov. (Tel.)

In seinem Vortrage über das Reichsschulgesetz führte Abg. Geh. Rat Runkel in der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei aus: Es handele sich um drei Probleme, die eine Sonderstellung der Partei erforderten: das Problem der Schulformen, das Problem des geordneten Schulbetriebes und die Schulaufsicht. Das Problem der Schulformen des Entwurfes umfasse für die Deutsche Volkspartei wiederum zwei Probleme: Die Frage der Bekenntnisschule und die Frage der Gemeinschaftsschule. In der öffentlichen Diskussion trete die Beratung der Bekenntnisschule zunächst zurück hinter der Forderung im Entwurf selbst, um auch der Gemeinschaftsschule die Vorzugsstellung zu sichern, die ihr nach der Verfassung und Verfassungsabsicht zukomme. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen stellte Abg. Runkel fest, daß die Deutsche Volkspartei nach wie vor auf dem Boden ihres Programmes stehe, wonach Bekenntnisschulen und Gemeinschaftsschulen von ihr gesichert und gefördert werden sollen, überall da, wo sie nach Herkommen und Beschulungsbedürfnis Heimatsrecht hätten. Alle Behauptungen von Gegnern der Partei von einem Umfall der Deutschen Volkspartei von einem Abfall von ihrem Programm und von einer Preisgabe der Bekenntnisschule, seien objektiv unwahr. Die Volkspartei wolle der Bekenntnisschule ihren Besitzstand bei der Umwandlung sichern und sie erhalten. Gerade von ihrem kulturellen Standpunkt aus, von dem sie neben der Bekenntnisschule die christliche Gemeinschaftsschule fordere, sehe die Deutsche Volkspartei in der Bekenntnisschule als der Form der bisherigen evangelischen oder katholischen Schule ein wertvolles deutsches kulturelles Erziehungsziel, weil in ihr Elternhaus und Schule, Lehrer und Kind, Einheit und Harmonie, auf das Erziehungsziel eingestellt seien und sie so hohe Werte von Charakter und lebensgestaltender Kraft schaffe. Der Bekenntnisparagraph 4 sei im Ausschuß soweit erledigt. Die Deutsche Volkspartei habe eine Reihe von Anträgen gestellt, die von den Regierungsparteien angenommen worden seien. Die Furcht vor einer Konfessionalisierung des gesamten Unterrichts sei dadurch gegenstandslos. Verschwunden sei auch der Schein einer dogmatischen Bindung des Unterrichts nach der Annahme des volksparteilichen Abänderungsantrages durch die Regierungparteien. Die Erhaltung der alten Bekenntnisschule in neuer Form sei gesichert. Aus derselben kulturellen Einstellung heraus werde die Deutsche Volkspartei für die Erhaltung der bisherigen christlichen Simultanschule in den Gebieten des Reiches, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule gesetzlich und nach Herkommen bestehe, eintreten. Die Simultanschule habe sich hier als wertvolle, deutsche christliche Kulturschule bewährt. Sie sei die landesübliche Volksschule. Die im Entwurf vorgesehene sechsjährige Schonfrist lehne die Deutsche Volkspartei ab, ebenso auch die zwölfjährige Schonfrist des Reichsrates, weil nach Auffassung der Partei Artikel 174 der Reichsverfassung keine Schutzbestimmung enthalte, durch die die damalige Simultanschule als Normaltyp der Reichsregelschule durch das Antragsrecht der Erziehungsberechtigten geschützt werden sollte, das in Artikel 146, Absatz 2 durch bestimmte Voraussetzung eingeschränkt, hier seine Geltung finden solle. Die Deutsche Volkspartei werde deshalb dafür eintreten, daß in den Gebieten des Reiches, in denen eine nach Bekenntissen nicht gegrennte Volksschule gesetzlich oder nach Herkommen bestehe, es bei dieser Rechtslage bleibe.

Abg. Runkel erklärte weiter, daß auch die Stellung der Deutschen Volkspartei zur christlichen Gemeinschaftsschule kulturell bedingt sei. Hierbei handele es sich um ihre äußere verfassungsmäßige Vorzugsstellung und um das Problem ihrer inneren Ausgestaltung. Die in der Verfassung vorausgesetzte äußere Vorzugsstellung könne kaum bestritten werden. Auch der Entwurf erkenne sie theoretisch an. Die Deutsche Volkspartei werde dafür eintreten, daß im Gesetz über den Entwurf hinaus auch die bedingte Vorzugsstellung der Gemeinschaftsschule sichergestellt werde. Dahin werde ihre Forderung gehen, daß neue einzurichtende Schulen als Gemeinschaftsschulen einzurichten seien, soweit nicht die Erziehungsberechtigten der Mehrheit derjenigen Kinder, die der neuen Schule zugeführt werden, eine andere Schule beantragen. Ebenso sollen bei der Umwandlung alle die Schulen Gemeinschaftsschulen werden, in denen in den letzten fünf Jahren die Zahl der bekenntnismäßig eingeschulten Schüler nicht mehr die einfache Mehrheit betrug. Damit finde eine objektive und den Verhältnissen gerecht werdende Umwandlung der Schulen statt, und der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit sei fruchtlos. Die Deutsche Volkspartei wolle die Gemeinschaftsschule der alten Simultanschule angleichen als christliche Gemeinschaftsschule, jedoch sei im Ausschuß ein dahingehender Antrag abgelehnt und die Entwurfsfassung angenommen worden. Es werde bis zur zweiten Lesung festzustellen sein, daß zwei bis drei Merkmale: religiös-sittliche Grundlage, Lebendigmachung der aus dem Christentum erwachsenden Werte der deutschen Volkskultur, bekenntnismäßiger Religionsunterricht den christlichen Charakter der Gemeinschaftsschule einwandfrei kennzeichnen. Die weltliche Schule sei für die Deutsche Volkspartei zwar ein weltanschauliches Problem, aber kein Problem, das unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsgemäßheit zu stellen sei. Sie werde im Gesetz ihre verfassungsmäßigen Rechte erhalten; mehr dürfe sie nicht erwarten.

Ein weiteres kulturelles Problem sei der geordnete Schulbetrieb. Die Deutsche Volkspartei lehne jede Deutung dieses Begriffes ab, die eine Zertrümmerung unserer heutigen hochentwickelten Schulsysteme zu Folge haben könnte. Für sie erwachse der Begriff aus dem Verhältnis der Einzelschule eines Ortes zur Normalschule. Zu einer prinzipiellen Stellungnahme nötige auch noch die Regelung der Einsichtnahme in den Religionsunterricht von Seiten der Religionsgesellschaften im Paragraph 16 des Entwurfs. Die Deutsche Volkspartei lehne eine Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes durch andere als staatliche Organe ab. Das bedeute aber keine Stellungnahme gegen die Kirche. Ihre wertvolle Mitarbeitungsarbeit habe sie immer anerkannt, aber die Schule sei des Staates. Hier sei also die absolute Staatshoheit über die Schule einschließlich des Religionsunterrichts klar zum Ausdruck zu bringen. Die Deutsche Volkspartei könne deshalb nur einer Fassung des Paragraphen 16 zustimmen, nach der zur Einsichtnahme in den Religionsunterricht der Staat, wenn auch nach Benehmen mit den Religionsgesellschaften, Beamte ernennt, die sich eignen und die im staatlichen Schulaufsichtsdienst stehen. Die obersten Stellen sollen das Recht der Einsichtnahme erhalten, es aber unter Ausschluß der Übertragung dieser Befugnis auf nachgeordnete Kirchenstellen ausüben. Die Deutsche Volkspartei werde auch fordern, daß vor Fertigstellung des Gesetzes die Kostenfrage und die Beteiligung der Gemeinden an der Umwandlung und Neueinrichtung von Schulen prinzipiell geregelt werde.

Wenn, so schloß der Vortragende, gesagt wird, von der Stellung der Deutschen Volkspartei hänge das Schicksal des Reichsschulgesetzes ab, so sei das doch nur bedingt richtig. Es hänge ebensosehr von der Haltung der übrigen Regierungsparteien ab. Die Deutsche Volkspartei lehne daher jeden Versuch ab, sie für ein Scheitern des Reichsschulgesetzes verantwortlich zu machen. Sie betone nachdrücklich, daß sie sich, wie bisher, auch künftig für das Zustandekommen des Gesetzes mit allem Nachdruck einsetzen werde.

In der dem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Runkel folgenden Aussprache sagte Reichsaußenminister Dr. Stresemann, daß die Nationalliberalen in der Schulfrage immer einen toleranten Standpunkt eingenommen hätten. Schon vor 25 Jahren habe Prof. Kahl, der heutige Senior der Partei, in Eisenach erklärt, daß der Streit über konfessionelle oder simultane Schulform keine grundsätzliche Frage für die Partei sei, sondern eine mehr taktisch-praktische, die nach regionalen Gesichtspunkten zu entscheiden ist. Ebenso habe sich auch das Leipziger Programm der Partei ausgesprochen. Wo in Jahrzehnten bewährte Schulformen entstanden sind, gleichgültig ob konfessionell oder simultan, sollten sie erhalten bleiben. In diesem Standpunkte der Partei komme die Achtung vor der geschichtlichen Entwicklung zum Ausdruck, nicht aber, wie hier und da fälschlich behauptet wurde, die Sehnsucht nach Kompromissen.

Grundlage der außerordentlich regen Aussprache waren die vom Parteivorstand ausgearbeiteten Richtlinien, die von dem Vorsitzenden der Volksparteilichen Preußenfraktion, Dr. von Campe, vorgetragen und begründet wurden. Dr. von Campe betonte besonders, daß das Schulgesetz zugleich ein Kulturgesetz von weittragendster Bedeutung sei und daß darum die Partei nicht von ihren grundsätzlichen liberalen Forderungen, insbesondere des uneingeschränkten staatlichen Hoheitsrechtes über die Schule und des Ausgleichs der Gegensätze durch eine tolerante Schulgesetzgebung, abgehen könne. Diese Stellung wurde auch in der Diskussion immer wieder eingenommen. Nach Beendigung der Diskussion erfolgte die einstimmige Annahme folgender

Entschließung:

„Nach einer grundlegenden Darlegung des Reichstagsabgeordneten Dr. Runkel über das Reichsschulgesetz und nach eingehender Aussprache darüber, billigt der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei die Haltung der volksparteilichen Reichsminister, der Reichstagsfraktion und ihrer Vertreter im Bildungsausschuß bei den bisherigen Verhandlungen über die Fassung eines Reichsschulgesetzes. Die Vorlage eines Reichsschulgesetzes ist in der Reichsverfassung gefordert, an deren Bestimmungen die gesetzgebenden Faktoren gebunden sind. Die Deutsche Volkspartei hat die Aufgabe, auf der gegebenen Grundlage für eine liberale Ausgestaltung des Schulwesens einzutreten. In Ausführung ihrer auf dem Leipziger Parteitag 1919 programmatisch festgelegten Grundsätze und in Anlehnung an die geschichtliche Entwicklung fordert der Zentralvorstand daher:

1. neben Sicherung der konfessionellen Bekenntnisschule in ihrer geschichtlich gewordenen Art, dauernde Erhaltung der christlichen Simultanschule;
2. Angleichung der in der Reichsverfassung bevorzugten Gemeinschaftsschule an die christliche Simultanschule;
3. Sicherung der Lehrfreiheit gegen jeden Versuch einer konfessionellen Verengung des gesamten Unterrichts in der Bekenntnisschule;
4. unbedingte Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Schulsysteme eines Schulverbandes;
5. volle Aufrechterhaltung der Schulhoheit des Staates auch für den Religionsunterricht.

Die Deutsche Volkspartei die sich nach den Erklärungen ihrer Minister und der Fraktion die Freiheit der Entschließung vorbehalten hat, ist nach wie vor bereit, an dem Zustandekommen des Gesetzes mitzuarbeiten. Sie erwartet aber, daß die Reichstagsfraktion nur einem Gesetz zustimmt, das den Forderungen ihres nationalen und liberalen Bildungsideals entspricht."

In Fortsetzung der Verhandlungen am Nachmittag nahm der Parteivorsitzende Reichsminister Dr. Stresemann unter allgemeiner Spannung das Wort zu vertraulichen Ausführungen über die finanzielle und wirtschaftliche Lage. Am Schluß seiner Ausführungen kam er auch auf die Frage etwaiger Neuwahlen zu sprechen und betonte unter stärkstem Beifall den unbedingten Willen zur Erhaltung der absoluten Selbständigkeit der Deutschen Volkspartei gegenüber anderen Parteien und Verbänden. Der Zentralvorstand bereitete dem Parteiführer eine große Ovation. An der Aussprache beteiligen sich Reichsminister a. D. Dr. Raumer, Regierungsrat Dr. Heder-Hannover, Bergwerksdirektor Brandes-Dortmund, Reichstagsabgeordneter Thiel-Berlin, Dr. Siegel-Berlin und Direktor Burger-Ludwigshafen. Die Aussprache ergab die vollkommene Übereinstimmung in der Auffassung des Zentralvorstandes über den Ernst der wirtschaftlichen und finanziellen Lage. In seinem Schlußwort betonte Reichsminister Dr. Stresemann als Parteiführer die Bedeutung dieser Übereinstimmung für die Politik der Partei und des Reiches. Zugleich sah er in dieser Einmütigkeit eine gute Ouvertüre für einen etwaigen Wahlkampf. Die Politik der Verantwortung habe sich, zumal auf lange Sicht gesehen, immer als die beste erwiesen. Damit schloß Dr. Stresemann die Sitzung des Zentralvorstandes in Braunschweig. Immer erneut einsetzender starker Beifall hatte vielfach seine Schlußworte unterbrochen.

*

Eine Entschließung der Demokratischen Reichstagsfraktion zum Schulgesetz.

vdz **Berlin**, 21. Nov. Die Demokratische Reichstagefraktion faßte eine Entschließung zum Schulgesetz, in der es heißt: „Die deutsche demokratische Reichstagsfraktion steht dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen des Bildungsausschusses über das Schulgesetz mit äußerster Besorgnis gegenüber. Der § 1 des Gesetzes gibt in der jetzt angenommenen Fassung die Staatshoheit über die Schule preis, indem er den Staat auf Aufsichtsbefugnisse nach Artikel 120 der Reichsverfassung einschränkt und eine selbständige Aufgabe der Schule neben der elterlichen Erziehung nicht anerkennt. — Drei Beschlüsse über die Bekenntnisschule, vor allen Dingen, der Beschluß, die Schule nicht nur nach Konfessionen, sondern nach den sie beantragenden Gruppen zu benennen, (z. B. lutherisch, reformiert usw.) charakterisieren die künftige Volksschule noch mehr als der Regierungsantrag als Kirchenschule und werfen die preußische Volksschule in die Zustände vor dem Volksschulunterhaltungsgesetz zurück. Die deutsche demokratische Partei spricht die Hoffnung aus, daß alle liberalen und nationalen Kreise des deutschen Volkes diese Gefahr noch rechtzeitig erkennen und durch ihren entscheidenden Protest den verhängnisvollen Gang der Verhandlungen aufhalten und die deutsche Volksschule vor dem Schicksal der inneren und äußeren Zerstückelung bewahren werden."

Kammer und faszistische Revolution.

(Von unserem italienischen Mitarbeiter.)

—ie— **Rom**, 14. November.

Der südslawisch-französische Bündnisvertrag hat die Erörterung recht bemerkenswerter innerpolitischer Probleme, wie das der zukünftigen parlamentarischen Vertretung der Nation sowie das der Funktion der Syndikate, vorübergehend zurückgedrängt. Man verkennt in den hiesigen politischen Kreisen keineswegs die wahre, gefährliche Bedeutung des Vertrages, zumal wenn man ihn im Lichte des Augenblicks sieht, der den Unterhändlern die sanktionierende Feder in die Hand gedrückt hat. Man weiß, wie man hinsichtlich des stürmenden Slawismus auf Überraschungen gefaßt sein muß, und vertraut daher eher noch auf die vorsichtigere Politik Frankreichs. Andererseits gelte es, sich gewärtig zu halten, daß Frankreich nicht unüberlegterweise die Verantwortlichkeit gegenüber Europa für die Handlungen eingegangen ist, die Jugoslawien vielleicht von einem Tage auf den andern begehen könnte. Man ist hier, wie man sich denken kann, genau über alles, was die Südslawen planen, unterrichtet, auch z. B. über einen neuen, für die nächste Zukunft geplanten Handstreich gegen Albanien. Schon werden Truppen und Waffen im Grenzgebiet angesammelt, bestimmt, die bevorstehende Revolution gegen Achmed Zogu zu unterstützen. Nur mit einem bitteren Lächeln registriert man die Meldungen, etwa des „Daily Telegraph", über deutsch-italienische Annäherungsversuche, oder des „Daily Telegraph", über italienische Annäherungsversuche, oder des Pariser „Avenir", der schon vor der Ankunft des Generals von Seeckt in Rom phantasiert, der allerdings vor Monaten einmal als Tourist hier geweilt hat. Zwar nicht in der Presse, aber in den amtlichen Presseberichten des Palazzo Chigi kann man indes auch lesen, wie prekär sich die deutsch-italienischen Beziehungen infolge der italienischen Südtirolpolitik gestaltet haben, deren erstaunliche Irrtümer Italien gewiß einmal mit einem teuren Preis wird bezahlen müssen. Man übertreibt nicht wenn man behauptet, daß Italien sich durch diese Politik zum Verbündeten seiner Gegner im Westen und Osten macht. Auch erweist man Italien einen schlechten Dienst, wenn man es darin unterstützt, seine Beziehungen zu Bulgarien und Ungarn zu überschätzen. Bulgarien ist ein armes und waffenloses Land und Ungarn ward durch den Frieden etwa zwei Drittel seiner natürlichen Hilfskräfte, d. h. Menschen und Rohstoffe, auf Kraftkoeffizienten umgerechnet, beraubt. Eher dürfte es Sinn haben, der italienischen Regierung eine sorgfältige Lektüre der strategischen Betrachtungen in Stegemanns genialem Werk: „Das Trugbild von Versailles" zu empfehlen, das, nebenbei bemerkt, in keinem politisch interessierten deutschen Hause fehlen sollte.

Inzwischen beschäftigt sich hier, zwar nicht die öffentliche Meinung, aber doch die Presse vorübergehend mit den im Eingang erwähnten Problemen. Als gesetzgebende Körperschaft hat die italienische Kammer heute bereits eine nur choreographische Bedeutung, womit nicht gesagt sein soll, daß man in ihr nicht auch heute gelegentlich gute Reden hören könnte. Von dem Begriff einer Kammer sind indes untrennbar die Vorstellungen einer wenigstens verfassungsmäßig freien Wahl ihrer Mitglieder sowie, als unvermeidliche Folge davon, einer Opposition. Jeder auch nur oberflächliche Kenner des lateinischen Parlamentarismus weiß, daß auch früher die Kammer kein getreues Abbild der freien Meinung des Volkes gewährte. Ein Buch über die italienische Wahl-Korruption früherer Zeiten würde dreimal so dick werden, wie ein solches über die Wahlen selbst. Ein großer Teil der Abgeordneten bestand aus sogenannten Deputati telegrafici, so genannt, weil sie nur nach Rom eilten, wenn von der Regierung telegraphisch um ihre Teilnahme an einer Abstimmung ersucht ward. Selbst die Berufung in den Senat erfolgten, innerhalb des konstitutionellen Rahmens, nach Grundsätzen der Abstimmungs-Arithmetik, wovon auch das faszistische Regime nicht abgewichen ist, obwohl es im Senat leichter als in der früheren Kammer geworden ist, Anhänger zu finden. Das konnte nicht wundernehmen, sintemalen der Senator nicht von den Wählermassen abhängig ist oder war, die freilich ihrerseits der fast willenlose Spielball weniger Politiker war.

Als Giolitti im Jahre 1912 der Kammer den Entwurf einer Wahlgesetzreform vorlegte, waren über der vorhergehenden, im wesentlichen Zarnardelli zu verdankenden Reform 30 Jahre hingegangen. Schon das Gesetz von 1882 stellte indes einen beträchtlichen Fortschritt gegenüber dem bis dahin zur Anwendung gelangten dar, indem es alle auf dem Einkommen beruhenden Vorrechte abschaffte und wenigstens in der Theorie das allgemeine Stimmrecht einführte. Ward es doch jedem verliehen, der einen dreijährigen Unterricht genossen hatte. Zur Zeit der Einführung dieser Reform war damit gerechnet worden, daß der Analphabetismus in Bälde ganz verschwunden sein würde, eine Hoffnung, die sich nicht erfüllte, und übrigens, wie die jüngsten Zählungen ergaben, bis auf den heutigen Tag nicht erfüllt hat. Weisen doch nach diesen das fortgeschrittene Piemont sogar immer noch 7, die Lombardei 9, Ligurien 10, Venetien 14, die Emilia 21, Latium (mit Rom) 26, die Toscana 28, die Marken 35, Umbrien 37, Campanien 41, die Abruzzen 45, Apulien und die großen Inseln 49, die Basilicata 52 und Calabrien 53 v. H. Analphabeten auf. Wenn aber die Statistik selbst in Südtirol 2 v. H. Analphabeten verzeichnet, so erklärt sich das wohl durch das Hineinströmen analphabetischer Elemente aus dem Reich. Zum Vergleich mag erwähnt sein, daß Deutschland mit 3 auf 10 000 die wenigsten Analphabeten unter allen Ländern der Welt aufweist, wobei noch der, im Vergleich zu den lateinischen Ländern, weit höhere Spiegel der Schulbildung kommt. Ohne Zweifel macht auch der Faszismus wieder einmal, nachdem dies vorher wiederholt geschehen ist, gewaltige Anstrengungen, die Volksschule zu heben, obwohl davon parlamentarisch nichts mehr abhängt. Die Reform von 1912 führte zu einer Vermehrung der Stimmberechtigten von 3½ auf 8 Millionen. Obwohl die Folge davon ein Anwachsen der sozialistischen Abgeordneten auf 50 und zugleich ein solches der noch nicht zu einer Partei zusammengeschlossenen politischen Katholiken war, hatten die liberalen Gruppen doch einen zur Mehrheitsbildung ausreichenden Besitzstand gewahrt.

Aus den Wahlen des Jahres 1921 ging zum ersten Male mit etwa 30 Köpfen eine besondere faszistische Gruppe hervor, die bald, zu großer Genugtuung Giolittis, eine ansehnliche Tätigkeit entfaltete, aus der sich Benito Mussolini durch seine Mäßigung und Sachlichkeit abhob. Es läßt sich nicht wohl behaupten, daß der Faszismus, nachdem er zur Herrschaft gelangt war, Giolitti und überhaupt den alten nationalen Gruppen mit gleicher Vorurteilslosigkeit gegenüber getreten sei, als der piemontesische Staasmann sie bestätigt hatte. In der kürzlichen Sitzung des Großen Rats als oberster Körperschaft des Regimes, ward gleich im ersten Artikel des auf die Reform der Kammer bezüglichen Beschlusses die Ausmerzung aller dem Faszismus feindlich gegenüberstehenden Parteien proklamiert. Als Organ des Regimes ist in Zukunft nur eine einzige Partei zu betrachten. Es folgt die juridische Anerkennung der großen produktiven und wirtschaftlichen Organisationen der Nation, welche die gewerkschaftlich-korporative Basis des Staates bilden. Für den Anfang wenigstens wird es noch nicht möglich sein, ihnen allein die nationale Vertretung zu übertragen. Allein die dreizehn großen Organisationen haben dem Großen Rat eine noch zu bestimmende Anzahl von Kandidaten vorzuschlagen. Der Große Rat wird diejenigen ablehnen, die ihm nicht die genügende Sicherheit zu bieten scheinen, daß sie über ihre Kategorie-Belange hinaus die überragenden Interessen der Nation und . . . des Regimes vertreten werden. Die hier gedachte Liste wird dann durch den Großen Rat vervollständigt zu derjenigen, womit der Faszismus vor die Nation tritt. Das Stimm-

recht wird nur denen gewährt, welche im Sinne der Gewerkschaften sich als tätige Mitglieder im Leben der Nation ausweisen, oder die der Nation in irgend einer andern juristisch anerkannten Form nützlich sind. Die Zahl der Abgeordneten wird von 560 auf 400 herabgesetzt.

Merkwürdigerweise ist man von einer Reform des Senats wieder abgekommen. Es entspricht dem substantiell antiparlamentarischen und wahlfeindlichen Geist des Regimes, daß das Gesetz über die der ausübenden Macht übertragenen Fähigkeiten, juristische Normen zu schaffen, und in höherem Grade noch das andere über die Attributionen und Vorrechte des Ersten Ministers als wichtiger für das Staatswohl erachtet werden wie die Grundsätze, wonach die neue Kammer geformt werden soll. Man erklärt dies faszistischerseits durch das Vertrauen, welches, angeblich, das italienische Volk in den gegenwärtigen Inhaber der höchsten staatlichen Macht setze. Es wird, wie man sieht, hier wie immerdar und überall vorausgesetzt, daß Mussolini dem Lande erhalten bleibe, ohne daß man sich, soweit es nach außen hin erkennbar ist, irgendwelchen Bedenken hingibt, was aus dem ganzen, gewaltigen Aufbau faszistischer Macht werde, sofern eben doch einmal die geniale Persönlichkeit Mussolinis durch Männer von durchschnittlichem Verstand und normaler Taikraft abgelöst werden sollte.

Aus aller Welt.

Russischer Fühler in Paris.

tu **Berlin**, 21. Nov. Da s Pariser Mittagsblatt „La Rumeur" will wissen, daß die Sowjetregierung bei der französischen Regierung eine offizielle Fühlungnahme unternommen habe, um die Ansicht der französischen Regierung über die Wiederaufnahme der französisch-russischen Verhandlungen kennen zu lernen.

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichtes hat als Revisionsinstanz das gegen den früheren politischen Chefredakteur der Berliner Börsenzeitung Dr. Paul Österreich ergangene Urteil wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz aufgehoben u. zur neuen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Dr. Österreich war seinerzeit wegen eines Artikels in der Börsenzeitung vom 11. August 1926 mit der Überschrift: „Parteipolitische Provokationsfeier" — behandelt war die Verfassungsfeier — zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Zurückweisung erfolgte, weil aus dem Urteil nicht hervorgehe, ob eine formale Beschimpfung der Republik vorliege.

Aus der Stadt.

Münster, 22. November.

♣ **Gangbarhaltung der Bürgersteige.** Die Polizeiverwaltung weist erneut darauf hin, daß die Anlieger von öffentlichen Straßen und Plätzen verpflichtet sind, bei Schnee- und Eisglätte einen Streifen von einem Meter Breite auf dem Bürgersteige oder wo ein solcher nicht vorhanden ist, auf dem Fahrdamm mit Sand, Asche oder einem anderen abstumpfenden Mittel zu bestreuen und dauernd gangbar zu halten. Weiter sind Eisbildungen, die durch Tropfwasser entstanden sind, sowie der von den Gebäuden abstürzende Schnee vom Bürgersteig zu beseitigen. Diese Pflicht liegt dem Hausbesitzer ob, wo dieser nicht in dem Hause wohnt, dem Inhaber des Erdgeschosses und, falls dieses nicht bewohnt ist, dem Inhaber des nächst höheren bewohnten Stockwerkes. Die Polizeibeamten sind angewiesen, diejenigen, die dieser Pflicht nicht nachkommen, zur Bestrafung anzuzeigen.

♣ **Der Männergesangverein „Harmonie" 1896** sang wie alljährlich auch am heurigen Totensonntag an den Gräbern seiner verstorbenen Sangesbrüder. Zu dem pietätvollen Akt waren auch die Angehörigen eingeladen worden. Die sinnreiche Gedächtnisfeier hinterließ einen nachhaltigen Eindruck.

♣ **Wahl zur Angestelltenversicherung.** Beim Ergebnis der Wahlen zur Angestelltenversicherung muß es richtig heißen: Liste G. 4ter Ersatzmann.

Verstärkung des Frostes in Aussicht!

Breite Kältewellen von Osten im Anmarsch. — Schlechte Aussichten für Hoch- und Tiefbaugewerbe.

Brachten die letzten Tage schon echt winterliches Wetter, so war der allgemeine Witterungscharakter doch in der Hinsicht unangenehm, als der Schnee infolge der wiederholten Eisregenfälle sehr wässerig wurde und in den inneren Teilen der Städte den berüchtigten Matsch nicht ausbleiben ließ. Daß es in Wirklichkeit bereits recht kalt war, konnte jeder feststellen, der sich nach außerhalb begab; das Thermometer zeigte nämlich fast dauernd Gefrierpunkt an und so waren Bäume und Sträucher, jede Wand, überhaupt alles mit einer dicken Eisschicht überzogen, die der trotz Frostes fallende Regen erzeugte. — Die letzte Schlechtwetterlage wurde durch Depressionen verursacht, die sich über Süd- und Westeuropa aufhielten und ihre Ausläufer bis in unsere Gebiete erstreckten. Nunmehr findet aber allgemeiner Luftdruckanstieg statt, und namentlich über Nordosteuropa hat der Luftdruck sich bis 780 Millimeter erhöht, und es ist dort eine Hochdruckzone zur Entwicklung gekommen, die nicht nur einen außerordentlichen Umfang hat, sondern auch in ihrem Bereich strenge Winterkälte aufweist. So melden die brandenburgischen Landesteile trockenen Frost bis — 5 Grad, Ostdeutschland hat bis 10 Grad Kälte und auf der Ostsee haben sich sogar im deutschen Hoheitsgebiet bereit. Vereisungen gebildet, ein Zeichen für die Stärke des Frostes. Der augenblickliche Luftdruckanstieg deutet darauf hin, daß sich dieses als Kältereservoir zu betrachende Hochdruckgebiet weiter nach Westen ausdehnen will, damit haben wir Fortdauer der Luftzufuhr aus Osten zu erwarten, und mit dem schwindenden Einfluß der Depressionen wird sich die Kälte auch auf Westdeutschland ausdehnen. Ob der Witterungscharakter an sich sich bessert, muß zunächst abgewartet werden. Sicher ist jedoch, daß die Neigung zu vorübergehendem Tauwetter, wie sie in den letzten Tagen unerfreulicherweise vorhanden war, aufhören wird und dafür beständiger Frost an seine Stelle tritt, dabei dürfte die über weiten Gebieten vorhandene leichte Schneedecke beitragen. — Für das Hoch- und Tiefbaugewerbe dürfte die bisher noch verhältnismäßig günstige Lage zunächst zu Ende sein.

Tagung des Landesausschusses westfälischer Jugendverbände.

⊙ Münster, 20. November

Ein freudiger Schritt zur Einigung unseres deutschen Volkes, zur Einigung der Jugend, die einmal das Volk ausmachen wird, waren die Tage gemeinsamer Arbeit im Heim der Deutschen Jugendkraft auf der Koburg. Der Landesausschuß westfälischer Jugendverbände, ein Zweig des großen Reichsausschusses, hatte die Vertreter sämtlicher Jugendbünde zu einer Gemeinschaftstagung am 19 und 20. November zusammengerufen. Aus allen Gauen und Städten unseres Westfalenlandes waren sie diesem Rufe gefolgt, Führer der Jugend aller Stände und aller weltanschaulichen Richtungen.

Über den Sinn dieses Treffens, das wohl das erste seiner Art war, sprach in einleitenden Worten der Vorsitzende des westfälischen Landesausschusses, Generalpräses Klens. Er begrüßte in seinen Worten zuerst die Vertreter der Behörden, die zu dieser ersten Arbeitstagung erschienen waren. Unter ihnen besonders den Herrn Oberpräsidenten Granowski, den Vertreter des Landesjugendamtes Dr. Weber, Frau Regierungsrat Dr. Lahrmann, ferner Stadtschulrat Prof Dr Linneborn. Sein Begrüßungswort galt auch den Führern, die in recht stattlicher Zahl zusammengekommen waren. Generalpräses Klens sagte dann weiter: Die Provinzialhauptstadt Münster sei aus verschiedenen Gründen der rechte Ort für diese Tagung gewesen. Neben dem gemütlichen Heim, das hier seine gastlichen Pforten geöffnet habe, sei in Münster eine besonders geeignete Atmosphäre für ein solches Unternehmen vorhanden. Münster sei die Stadt, in der sich Altes und Neues miteinander verbunden habe, es sei Großstadt und habe doch noch ländlichen Einschlag, sei die Verbindung zwischen alter und neuer Zeit. So wolle auch die Jugend, die heranwachsende Generation, nicht nur neubauen, sondern auch auf dem Alten aufbauen.

Im Namen der vertretenen Behörden dankte dann in kurzen Worten Oberpräsident Granowski. Nicht gleichgültig sei es den Behörden, so führte er aus, welchen Weg die Jugend schreite. Ganz ehrlich bekenne er, die Behörden könnten von der Jugend lernen. Darum sei es nötig, den Weg der Jugend zu wissen. Schwer seien die Aufgaben, die von Jugend und Jugendführern zu leisten seien. Die Jugend müsse lernen, auf eigenen Füßen zu stehen, nicht nur der Körper, auch der Geist bedürfe eingehender Schulung. In diesem Sinne liege die Arbeit der Führer. Was harte Schicksalsschläge im lieben Vaterlande zerstört, das müsse die neue Generation wieder aufbauen. Möge es ihr gelingen, die Seele des deutschen Volkes endlich frei zu machen von den Schlacken des Parteiwesens. In diesem Sinne „Glück auf"

Die Tagung nahm dann ihren Beginn mit einem Referat des Vorsitzenden des Reichsausschusses deutscher Jugendverbände, Erich Ollenhauer-Berlin. Der Reichsausschuß stehe vor dem Abschluß seines großen Werkes, der Ausstellung „Das junge Deutschland". Eine Zusammenfassung und ein Rückblick würde es sein, wenn in der nächsten Woche mit dem Minister für Volkswohlfahrt und den Fraktionen des Reichstages eine eingehende Besprechung über die Weiterführung und Förderung des Freizeitproblems stattfinden werde. Der Redner verbreitete sich dann des weiteren über die wichtigen Aufgaben der Freizeitbewegung. An Hand ausführlicher Statistiken legte er klar, daß bei der heutigen Arbeitsmethode, beim großen Kräfteverbrauch des heutigen Produktionsbetriebes es zum Schutz der heranwachsenden werktätigen Generation eine dringliche Forderung sei, daß Verbände aller Richtungen und Weltanschauungen in der Arbeit für sie einig seien. Man habe versucht, in der Ausstellung ein klares Bild der Verhältnisse zu geben. Dadurch werde für die Idee und ihre Durchführung geworben. Der Reichsausschuß habe durch die Ausstellung an Macht und Ansehen gewonnen. Es würden noch mehr außenstehende Jugendliche dadurch herangezogen, seien doch erst in 90 Verbänden 4 Millionen oder 40 Prozent aller erfaßt. Die Arbeit des Ausschusses um die Freizeit müsse vertieft werden. Nicht nur die Freizeit selbst, sondern auch ihre zweckvolle Ausgestaltung sei das große Ziel der Arbeit. Die Jugend von heute sei das Volk von morgen. Dieses Wortes eingedenk müsse geschafft werden; denn in ihm liege das eindeutige Programm des Werkes. Der Redner führte diese Gedanken in klarer Form weiter. Die klare Besinnung auf das eigene Wollen ist die Vorbedingung zum Verständnis und zur Duldung anderer Ansicht. Dahin die Jugendlichen zu leiten, ihr dieses Wege zu weisen, ist die vornehmste Aufgabe des Jugendführers. Das ist hoffnungsfroher Dienst am ganzen deutschen Volke, aus ihm wird schönste Frucht erwachsen.

In der sich anschließenden Aussprache wurde die Ausstellung „Das junge Deutschland" mit ihren Statistiken und äußerst wertvollen Sammlungen eingehender besprochen. Dabei kam auch die Frage auf, über die Versendung des Materials in andere Länder des deutschen Reiches, um es weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Schon haben sich verschiedene Landesausschüsse darum beworben. Auch von dem westfälischen liegt in Berlin ein Antrag vor, der die Ausstellung im kommenden Jahre nach Dortmund wünscht. Es bestehen Bestrebungen, für Rheinland und Westfalen gemeinsam in einer der großen Ausstellungsstädte des Westens das Material aufzubauen. Der Geschäftsführer für Westfalen, Herr Hofmann-Dortmund, sprach jedoch die zuversichtliche Hoffnung aus, daß es gelingen würde, die Ausstellung nach Dortmund in die Westfalenhalle zu bekommen.

Nach kurzer Mittagspause, in der das gastliche Heim der Deutschen Jugendkraft seinen Gästen ein einfaches, schmackhaftes Mahl bot, nahm die Tagung ihren Fortgang. Es folgten in geordneter Reihe die Referate der Jugendverbände. Als erster sprach Jugendpfarrer P. Lic. Prwzbilski-Dortmund über die evangelische Jugend Deutschlands. Seine Worte galten dem Bibelkreis, seiner Entwickelung und seiner Einstellung. Der Redner sprach weiter über die anderen evangelischen Jugendbünde und legte ihre voneinander verschiedene Art dar. — Für die evangelische weibliche Jugend, der „Neuland", der Christdeutsche Jugendbund, der Jugendbund für entschiedenes Christentum und der Mädchen-Bibelkreis angehören, sprach die Führerin aus deren Reihen. Die Mädchen zu echten deutschen Frauen, zu wahrer Mütterlichkeit zu erziehen, sei das Ziel dieser Kreise und Bünde. — Der Verbandsobmann der kath. Jugendbünde, Georg Wagner-Düsseldorf, vervollständigte das schon gegebene Bild auch von katholischer Seite. Er berichtete von den 25 Jugendorganisationen, die alle in lebendiger Bewegung bemüht sind, den gottgewollten, natürlichen Menschen zu bilden. Menschen, die in natürlicher Bejahung des Guten in sich und der Welt, alle Unnatur ablehnen. So die Erziehung des Jungen zu echter katholischer Männlichkeit, des Mädels zu echt weiblicher Opferbereitschaft, Mütterlichkeit und Jungfräulichkeit. Jugendpflege und Jugendbewegung nach Art und Form der Jugendbünde verteilt. — Der Jugendsekretär Erich Ollenhauer-Berlin berichtete über die sozialistischen Jugendverbände.

Hatten am ersten Tage die Abgesandten der weltanschaulichen Bünde das Wort ergriffen, so brachte der Sonntag die Darlegung der Ziele und Richtlinien der politisch-wirtschaftlichen Verbände.

Als Vertreter der Deutschen Volkspartei sprach Herr König-Essen. Er legte die Entstehung der Jugendbewegung aus Pfadfinder-, Wehrkraft- und Jungturnbünden dar. — Gewerkschaftssekretär Meier-Düsseldorf schilderte die Not der allzu stark ausgenutzten jugendlichen Arbeiter. Die veränderte Wirtschaftsform, das Schwinden des Lehrverhältnisses in den modernen Großwerken gäben den Gewerkschaften die Richtlinien für die Arbeit in den Jugendverbänden. Mit praktischer, fachlicher Weiterbildung der jungen Menschen schritte die Erziehung zu einem solidarischen Arbeiter Hand in Hand. — Ein dreifacher ist der Notschrei unserer Mädchen sagte Frau Anna Schulze-Berlin, die Reichsjugendführerin im V. W. A., in ihren Worten über die weiblichen Handels- und Büroangestelltenverbände. Erziehung zu Beruf und Leben ist die Forderung, die uns aus diesen drei Worten entgegenklingt. Dementsprechend sei die Arbeit, die in den verschiedenen Richtungen und Zweigen des V. W. A. geleistet werde.

Als letztes Referat folgte nun noch „Turn- und Sportverbände" von Turnrat Schmale-Bielefeld, der über die deutsche Turnerschaft und andere Verbände berichtete.

Damit hatte die bedeutsame Tagung ihr Ende erreicht.

H. Wg.

Handel und Volkswirtschaft.

Die Viehmärkte der abgelaufenen Woche

Schweine meist billiger, Rinder, Kälber und Schafe meist unverändert.

Der Auftrieb an Schlachtvieh zu den Hauptviehmärkten im Reiche gestaltete sich in dieser Woche in allen Gattungen und auf den meisten Märkten eine Kleinigkeit höher. Der Handel verlief wie bisher meist ruhig, vereinzelt etwas lebhafter. Die Preise konnten sich für Rinder, Kälber und Schafe auf den meisten Märkten behaupten, vereinzelt wurde etwas höher bzw. niedriger notiert. Schweine wurden meist um 1—8 Pfennig je Pfund billiger. Ausgesuchte beste Tiere erzielten Preise über Notiz. Auf den nachstehenden Märkten notierten für 1 Pfund Lebendgewicht in Pfennig:

	Rinder	Kälber	Schafe	Schweine
Aachen	30—58	—	—	63—69
Augsburg	63—62	60—80	—	51—68
Berlin	20—60	55—102	25—55	50—66
Bremen	25—58	40—83	—	48—67
Breslau	15—58	50—80	40—56	53—67
Chemnitz	20—62	50—86	25—50	52—66
Cob'enz	18—58	56—76	48—50	52—62
Danzig *)	15—53	30—84	25—47	54—71
Dortmund	25—62	50—92	35—53	50—67
Dresden	25—63	60—88	33—63	53—70
Düsseldorf	20—63	50—85	33—38	48—67
Elberfeld	25—62	50—85	—	52—64
Essen	28—63	50—115	25—57	54—67
Frankfurt a. M.	27—64	60—82	30—50	52—66
Hamburg	15—58	33—90	22—60	46—65
Hannover	20—64	40—88	30—55	50—65
Husum	18—57	—	—	—
Karlsruhe	18—57	55—80	—	55—68
Kassel	20—62	50—65	—	55—67
Kiel	20—55	34—84	36—62	42—64
Köln	25—62	58—115	40—55	50—64
Krefeld	38—54	75—78	43—46	64—69
Leipzig	23—62	50—85	35—62	50—68
Magdeburg	20—61	40—83	15—53	50—67
Mainz	18—63	48—70	—	53—69
Mannheim	15—62	56—82	42—50	52—66
München	18—62	60—84	—	47—66
Nürnberg	18—64	—	—	62—68
Oldenburg i. O.	32—55	55—70	42—46	—
Stettin	15—57	35—88	20—53	50—66
Stuttgart	15—64	58—85	—	48—69
Wiesbaden	25—63	61—84	32—52	61—68
Würzburg	20—61	58—84	—	47—64
Zwickau	20—60	55—82	30—54	58—70

*) Für 50 Kilo Lebendgewicht in Danziger Gulden.

Essener Kurenbörse.

tu **Essen**, 21. Nov. (Tel.) Die Tendenz an der heutigen Essener Terminbörse war still und das Geschäft sehr klein. Es kamen nur einige Umsätze in Barmer Bankverein und Rheinstahl-Aktien zustande. Auch der Rheinisch-westfälische Kurenmarkt war bei kleinem Geschäft nur wenig verändert. Von Steinkohlenkuxen wurden nur Deutschland zu letzten Preisen aus dem Markt genommen. Am Steinkohlenaktienmarkt war Geschäft in Adler und Lothringen, die ihre Kurse um eine Kleinigkeit verbessern konnten. Am Braunkohlenmarkt wurden nur Glimmerode unverändert aus dem Markt genommen. Auch am Kalikuxenmarkt war die Umsatztätigkeit klein. Einiges Geschäft war wieder in Burbachwerten zu bemerken, deren Preis um eine Kleinigkeit erhöht wurde. Sonst war noch Geschäft in Einigkeit und Siegfried II. Von Kaliaktien waren Kaliindustrie, Krügershall und Wittekind im Verkehr. Erstere gewannen 2 Prozent, letztere unverändert. Am allgemeinen Industrie-Aktienmarkt wurden Kabel-Rhendt 2 Prozent niedriger genannt.

Ausländische Wechselkurse.

tu **Zürich**, 21. Nov. (Tel.) Berlin 123,75; Wien 73,10; Prag 15,37; Holland 209,45; Newyork 5,18,425; London 25,28; Paris 20,38¼; Italien 28,20; Brüssel 72,38; Kopenhagen 139; Stockholm 139,70; Oslo 137,80; Madrid 72,92½.

tu **Amsterdam**, 21. Nov. (Tel.) London 12,06 15/16; Berlin 59,08; Paris 9,72¾; Schweiz 47,74; Wien 34,90; Kopenhagen 66,35; Stockholm 66,66; Oslo 65,70; Newyork 2,4748; Brüssel 34,54½; Madrid 42; Italien 13,45½.

Warenmärkte.

Hamburger Warenmarkt.

tu **Hamburg**, 21. Nov. (Tel.) Kaffee: Der Markt war sehr ruhig, Brasilien ließ seine Offerten durchweg unverändert. Kakao: Die Stimmung war lustlos. Neue Offerten fehlten und das Geschäft blieb ruhig. Accra good fermented loko 66,6 bis 69, auf Abladung 65,6 bis 64, die übrigen Provinienzen lagen unverändert. Reis: Geschäft nahm auch heute nur ruhigen Verlauf, doch blieben die Preise, abgesehen von denen für Blue rose, die etwas nachgiebiger waren, unverändert. Extra fanen Blue rose loko 10,8 bis 10,9, auf Abladung 9,75 bis 10,20. — Auslandszucker: Bei stetiger Tendenz und etwas höheren Forderungen war das Geschäft ziemlich ruhig. Tschechische Kristalle Feinkorn loko 14,11¼ bis 15,0¾; Dezember 14,9 bis 14,10½; Januar-März 15,2¼ bis 15,3¾. — Schmalz: Tendenz stetig. Amerikanisches notierte 30,25, raffin. 32 bis 32,5 und Hamburger Schmalz 35,75 Dollar je 100 Kg. netto. — Getreide: Der Markt war bei einigen Umsätzen stetig. Man nannte unveränderte Preise und zwar Weizen 230 bis 245, Roggen 220 bis 240, Hafer 210—220, Sommergerste 215 bis 250; Auslandsgerste 193 bis 198; Mais 152 bis 158; Hirse 9,75; Leinsaat 18 bis 18,25; Viktoriaerbsen 500 bis 550. Mehl: Tendenz: stetig. 70prozentiges Weizenauszugsmehl hies. Mühlen 42,75 bis 43 Bäckermehl hies. Mühlen 37,25 bis 37,50; Weizenauszugsmehl inl. Mühlen 37 bis 39, Weizenmehl inl. Mühlen 30,5 bis 32,5; amerikan. Weizenmehl 7 bis 8,5, 70proz. Roggenmehl hies. Mühlen 35,5 bis 36 bis 37,5; Roggenmehl hies. Mühlen 30 bis 30,5; 70proz. Roggenmehl inl. Mühlen 32,5 bis 33,5; Roggengrobmehl inl. Mühlen 28 bis 29. — Hülsenfrüchte: Der Markt eröffnete die Woche in abwartender, jedoch fester Haltung, die Umsätze blieben bei behaupteten Preisen noch gering. — Futtermittel: Der Markt war sehr ruhig, die Umsätze auf Basis letzter Preise waren nur unbedeutend. — Öl und Fette: Tendenz stetig, Preise unverändert. — Chemikalien: Tendenz ruhig bei unveränderten Preisen. — Montagschemikalien: Tendenz bei mittlerem Geschäft stetig. — Montagsgewürze: Tendenz fest bei gutem Bedarfsgeschäft. — Paraffin und Wachs: Preise unverändert. Tendenz: ruhig

Metallnotierungen.

tu **Berlin**, 21. Nov. Kupfer: November Geld 121,5; Brief 122,5; Dezember bezahlt 122; Geld 122; Brief 122,25; Januar bezahlt 122,25; Geld 122,25; Brief 122,5; Februar bezahlt 122,25; Geld 122,25; Brief 122,5; März bezahlt 122,5; Geld 122,25, Geld 122,5; April Geld 122,25; Brief 122,5; Mai Geld 122,25; Brief 122,5; Juni Geld 122,25; Brief 122,5; Juli Geld 122,25; Brief 122,5; August Geld 122,25; Brief 122,5; September Geld 122,5; Brief 122,5; Oktober Geld 122,5; Brief 122,5; Tendenz: fest. Blei: November Geld 42,5; Brief 43,25; Dezember Geld 43; Brief 43,25; Januar Geld 43,5; Brief 43,5; Februar Geld 43,75; Brief 44; März Geld 43,75, Brief 44; April Geld 43,75; Brief 44; Mai Geld 44, Brief 44, Juni bezahlt 44, Geld 44; Brief 44,25; Juli Geld 44, Brief 44,25, August Geld 44; Brief 44,25; September Geld 44,25; Brief 44,25; Oktober Geld 44,25; Brief 44,5; Tendenz: fester Zink: November Geld 53,5; Brief 54,25; Dezember Geld 53,25, Brief 53,5; Januar Geld 52,75; Brief 53,25; Februar bezahlt 52,75, Geld 52,75; Brief 52,75; März Geld 52,5; Brief 52,75; April Geld 52,5; Brief 52,75; Mai Geld 52,25; Brief 52,75; Juni Geld 52,25; Brief 52,75; Juli Geld 52; Brief 52,75; August bezahlt 52,25; Geld 52; Brief 52,25; September Brief 51,75; Geld 52,25; Oktober Geld 51,75; Brief 52,25; Tendenz: ruhig.

tu **Hamburg**, 21. Nov. (Tel.) Silber Brief 80, Geld 79; Zink Brief 53,25, Geld 52,75. Terminnotierungen. Kupfer: November Brief 123,5, Geld 122,5; Dezember Brief 123,25, Geld 122,75; Januar bez. 122,75, Brief 123, Geld 122,75; Februar Brief 123,25, Geld 122,75; März bez. 123, Brief 123,25, Geld 123; April bez. 123, Brief 123,25, Geld 122,75; Mai Brief 123,5, Geld 122,75; Juni Brief 123,5, Geld 122,75; Juli Brief 122,75, Geld 122,5; August Brief 123, Geld 122,25; September Brief 123,75, Geld 122,25; Oktober Brief 123,75, Geld 122,25. Tendenz: unregelmäßig. Zinn: November Brief 550, Geld 542; Dezember bez. 539, Brief 543, Geld 537; Januar Brief 540, Geld 535; Februar Brief 537, Geld 533; März Brief 535, Geld 531; April Brief 534, Geld 530. Tendenz: fest.

tu **London**, 21. Nov. (Tel.) Schluß. Kupfer Standard per Kassa 59 11/16; dito per drei Monate 59,75—59⅞; Elektrolytkupfer 64,5—64,75; Best Selected 63,25—64,5; Zinn Standard per Kassa 267—267,25; dito per drei Monate 263,25—263,5. Blei per Kassa 21 1/16; dito per drei Monate 21 9/16; Zink per Kassa 26⅝; dito per drei Monate 26⅝. Silber per Kassa 26 5/16; dito per drei Monate 26 3/16; Gold —.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

Chicago	21. 11.	19. 11.		21. 11.	19. 11.
Weizen Dez.	127½	126⅝	Hafer Dez.	48⅞	49¼
„ März	131½	130¾	„ März	50⅞	51¼
„ Mai	134⅝	133½	„ Mai	51⅞	52⅛
Mais Dez.	86⅝	86¾	Roggen Dez.	104	103½
„ März	90⅝	90½	„ März	106	105⅝
„ Mai	93¾	93⅝	„ Mai	107½	107¼
New-York	**21. 11.**	**19. 11.**		**21. 11.**	**19. 11.**
Weizen Domestic Sept.	—	—	Weizen Bonded Okt.	—	—
Dez.	129½	123⅛	Dez.	—	—

Locopreise.

Chicago	21. 11.	19. 11.	New-York	21. 11.	19. 11.
Weizen			Weizen		
Rot. Som. Wint. Nr. 2	137½	—	Manitoba Nr. 1	153½	153¼
Hart. „ „	129⅝	—	Rot Som.-Wint. Nr. 2	143½	147⅝
Gemischter Nr. 2 „	—	—	Hart. „ „	141⅝	149⅛
Hart. Som.-Wint. Nr. 3	129½	—	Mais, neu ank. Ernte	93½	95¼
Mais, gelb Nr. 2	91	—	Roggen, Nr. 2 fob. N.Y.	117	116½
Hafer, weiß Nr. 2	54⅜	—	Gerste, Malting	85	95
Roggen, Nr. 2	—	103¼	Regl. Spring wheat clears *)	55)—550	69) 690
Gerste, Malting	81-87	—			

Frachten:		21. 11.	19. 11.
Fracht nach England *)		2,3—3	2,3—3
„ „ Kontinent *)		14—15	14—15

Anmerkung: *) Per 196 lbs. *) In Schilling und Pence per 480 lbs. *) In Dollarcents per 100 lbs.

Baumwollnotierungen.

tu **Bremen**, 21. Nov. (Tel.) Terminschlußkurse. Dezember 21,23—21,27; Januar 21,34—21,40; März 21,41—21,48; Mai 21,53—21,55; Juli 21,40—21,43; Oktober 20,85—21,00. Tendenz: fest.

tu **Liverpool**, 21. Nov. (Tel.) Schlußnotierungen. Dezember 10,73; Januar 10,74; März 10,71; Mai 10,70, Juli 10,60; Oktober 10,25. Tendenz: stetig. Umsätze: 7000.

tu **Newyork**, 21. Nov. (Tel.) Eröffnung. Dezember 19,65 bis 19,75, Januar 19,74—19,92; März 20,02—20,03, Mai 20,35 bis 20,45; Juli 20,23—20,25; Oktober 19,58—19,62. Tendenz: fest.

tu **Newyork**, 21. Nov. (Tel.) Zweites. Dezember 19,81; Januar 19,88; März 20,08; Mai 20,24; Juli 20,14; Oktober 19,53. Tendenz: fest. Zufuhr: 45 000.

tu **Newyork**, 21. Nov. (Tel.) Schluß. Dezember 19,89 bis 19,91; Januar 19,98—20,00; März 20,15—20,18; Mai 20,33 bis 20,38; Juli 20,24—20,29; Oktober 19,60. Tendenz: stetig. Loko: 20,30.

tu **New Orleans**, 21. Nov. (Tel.) Eröffnung. Dezember 20,15; Januar 20,20; März 20,40; Mai 20,50; Juli —; Oktober —. Tendenz: fest.

tu **New Orleans**, 21. Nov. (Tel.) Zweites. Dezember 20,00; Januar 20,11; März 20,29; Mai 20,38; Juli 20,08; Oktober 19,45. Tendenz: kaum stetig.

tu **New Orleans**, 21. Nov. (Tel.) Schluß. Dezember 20,12 bis 20,17; Januar 20,21—20,28; März 20,42—20,45; Mai 20,53 bis 20,55; Juli 20,33; Oktober 19,45—19,50. Tendenz: stetig. Loko: 20,13.

Viehmärkte.

tu **Köln**, 21. Nov. (Tel.) Auftrieb: Großvieh 1104; Ochsen 378, Bullen 81; Kühe 586; Färsen 47, Fresser 12; Kälber 960; Schafe 203; Schweine 6341. Marktverlauf: In Großvieh beste Tiere auch höher bezahlt, ruhig geräumt, in Kälbern gute Kälber gesucht, ruhig geräumt, Schweine in guter Ware lebhaft, im übrigen geräumt. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Ochsen a) a1) 58—63; a2) 54—58, b1) 42—50; b2) 35—45, c) 28—34, d) —; Bullen a) 52—56, b) 47—51; c) 40—45, d) —; Kühe a) 50—54 b) 42—47; c) 32—38, d) 24—30, Färsen 54—58; b) 48—52, c) 40—46; Fresser Schweine a) 66—68, b) 65—68, c) 64—68; d) 62—66, e) 57—62; f) —; g) 55—61.

tu **Elberfeld**, 21. Nov. (Tel.) Auftrieb: Großvieh 647; Ochsen 205, Bullen 46; Kühe 193, Färsen 171; Fresser 32; Kälber 439; Schafe 26; Schweine 3418. Marktverlauf: Großvieh langsam mit Überstand, Kälber mittel, Schweine langsam. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Ochsen a1) 58—62; a2) —; b1) 52—56; b2) —; c) 46—50, d) —; Bullen a) 51—56, b) 48—52; c) 44—46; d) —; Kühe a) 54—56; b) 44—50, c) 35—40; d) 25—30; Färsen a) 58—60, b) 52—56, c) 42—50, Fresser 42—46, Kälber a) —; b) 80—85, c) 70—75, d) 50—65; Schafe —, Schweine a) 62—64; b) 62—64; c) 62—64; d) 60—62; e) 58—60, f) —; g) 52—57.

Handelsnachrichten.

Aus der Sauerstoffindustrie.

Berlin, 21. Nov. (Tel.) Die Gesellschaft für Lindes Eismaschinen A.-G. in Wiesbaden und die J. G.-Farbenindustrie A.-G. beschäftigen sich zur Zeit mit der Einführung eines neuen Verfahrens zur Beförderung von Sauerstoff in flüssiger Form, das dem Sauerstoffverbraucher in vielen Fällen Vorteile und Ersparnisse bietet. Das Verfahren und der zu seiner Einführung erforderliche Apparat stehen unter Patentschutz. Die genannten beiden Firmen sind für Deutschland die alleinigen Lizenzinhaber.

Aus den Provinzen.

⊙ **Hiltrup**, 21. Nov. (Gestohlen) wurden einem landwirtschaftlichen Arbeiter aus seiner verschlossenen Schlafstube ein fast neuer Anzug und etwas Geld. Der Tat verdächtig ist ein früherer Arbeitskollege des Bestohlenen, der wegen Unzuverlässigkeit von dem Dienstherrn entlassen worden ist.

⊙ **Mecklenbeck**, 21. Nov. (Glück im Unglück) hatten Montag abend die Insassen eines Personenautos, das aus der Richtung Appelhülsen kam und hier den Bahnübergang der Coesfelder Strecke überqueren wollte. Bekanntlich ereignete sich hier noch vor kurzem ein schwerer Unfall zweier Motorradfahrer, bei dem einer auf schreckliche Weise zu Tode kam. Heute abend hatte der Lenker des Autos anscheinend zu spät bemerkt, daß die Schranke geschlossen wurde. Er stoppte den Wagen sofort ab, doch gelang es ihm nicht mehr, ihn rechtzeitig zum Halten zu bringen. Mit stehenden Rädern wurde das Fahrzeug über die Schneemassen hinweg gegen die Schranke geschleudert, die vollständig in Trümmer ging. Glücklicherweise kamen die Insassen wie auch der Lenker ohne Verletzungen davon. Das Auto wurde schwer beschädigt. Es gelang noch, die Trümmer der Schranke rechtzeitig vom Bahnkörper zu entfernen, so daß der fällige Güterzug unbehindert durchfahren konnte.

⊙ **Osnabrück**, 21. Nov. (Zwei Arbeiter überfahren und getötet.) Ein schweres Unglück ereignete sich heute mittag auf dem hiesigen Güterbahnhof Fledder. Zwei Arbeiter von hier, die damit beschäftigt waren, am Hauptablaufberg die Weichen vom Schnee zu reinigen, wurden von ablaufenden Wagen erfaßt, überfahren und sofort getötet. Der eine der beiden Getöteten ist Familienvater. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

w **Solingen**, 21. Nov. (Der Kontrollausschuß) zur Nachprüfung der Ausgaben für die Städtevereinigung hat heute seine Arbeiten beendet und einen Bericht vorgelegt, aus dem sich u. a. folgendes ergibt: Rein rechnerisch wurde das Konto in Ordnung gefunden. Nicht beitreten konnte die Kommission der Auffassung der Verwaltung hinsichtlich des Vorgehens des Beigeordneten Dr. Volmar in der Anfertigung eines Werbeplakates ohne Auftrag und Einwilligung des Stadtverordnetenkollegiums und hinsichtlich der Zahlung von zweimal je 10 000 Mark an den Direktor des Ruhr-Siedlungsverbandes im Zusammenhang mit dessen Gutachten über die Städtevereinigung sowie hinsichtlich des Vertrages mit der Bergischen Post. Der Ausschuß glaubt, daß man den Beigeordneten Dr. Volmar für eine Reise größerer Beträge ersatzpflichtig machen könne und schließt sich der Auffassung der Verwaltung, daß alle Ausgaben im Interesse der Eingemeindung erfolgt seien, nicht an. Die Gesamtsumme, die von der Stadt Solingen für die Eingemeindungsangelegenheit verausgabt worden ist, beträgt rund 200 000 Mark. Am Mittwoch wird der Bericht der Solinger Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

Düsseldorf, 21. Nov. (Zum Scheunenbrand bei Kaiserswerth.) Zu dem bereits gemeldeten Scheunenbrande in Lohausen bei Ka